

Aus verdrossenen Jugendlichen Engagiert Staatsbürger zu machen

Konsequenzen aus de 14. Shell - Jugendstudie

Es kann nicht oft genug betont werden:

„Die“ Jugend gibt es nicht. Jugendstudien sind häufig nur Momentaufnahmen mit teils geringer Halbwertszeit.

Was „Jugend“ eigentlich sei – bei im Durchschnitt 28 jährigen Hochschulabsolventen –, was ihre Besonderheit ausmache, schwimmt in einer „jugendlichen“ Gesellschaft immer mehr.

Abgrenzungskriterien scheinen nur mehr Statistik, Äußerlichkeiten und Accessoires zu sein. Und warum sollte Jugend anders sein oder nach anderem streben, als was die „Erwachsenen“ ihr vorleben, für „wert“- voll erachten: Geld, Karriere, Konsumorientierung, Spaß, Geringschätzung von Bildung, Abzocke beim Staat?

Da kann kaum überraschen, dass uns jetzt die „Ego-Taktiker“ erreicht haben, oder auch die „pragmatische Generation“ (*Süddeutsche Zeitung*) oder die Jugend „der Mitte“ (*FAZ*). Es mag sein, dass in den siebziger und achtziger Jahren sogenannte „postmaterielle“ Wertpräferenzen insbesondere bei „der Jugend“ angesiedelt waren. Aber so tief scheint das alles nicht gesessen zu haben, zumal in einer Periode abnehmenden Wohlstands und wirtschaftlicher Unsicherheit wieder materielle Präferenzen angesagt sind.

Folgerichtig stabilisiert sich in der im Sommer 2002 veröffentlichten 14. Shell-Jugendstudie der auch schon in zahlreichen früheren Jugendstudien der neunziger Jahre artikulierte tiefe Wunsch nach einer „normal-bürgerlichen“ Existenzform. Zugleich verfestigt sich das Desinteresse an etablierter Politik und am politischen Engagement (nur 3 % sind in Parteien oder Gewerkschaften aktiv, für 39 % ist keine Partei lösungskompetent, 19 % machen keine Angabe; Parteien genießen auf einer Institutionenskala das geringste Vertrauen). Dieser Tendenz entgegenzuwirken und Jugendliche zumindest als informierte Teilhaber zu gewinnen, im Idealfall sogar für nicht nur punktuelles politisches Engagement zu interessieren, bleibt daher die zentrale Herausforderung für die Politische Bildung auch der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Ausgangslage ist laut Shell-Studie so schlecht nicht:

- vom Interesse her (deutlich abhängig vom Bildungsniveau): immerhin sind 30 % mehr oder minder interessiert an Politik; hier wäre es eine Aufgabe, die Basis bei den wenig Interessierten (immerhin 40 %) zu verbreitern; - von der Einstellung her: deutlich ist die Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform (Westen: 74 %, Osten: 59 %) und die Ablehnung von Extremismen;
- von der Parteipräferenz her: 26 % neigen zur CDU (Vergleich zu 1981: 18 %), 25 % zur SPD (1981: 24 %), gravierender Einbruch bei den Grünen (9 %).

In den Grundeinstellungen und Erwartungen insbesondere bei Gymnasialschülern und Studenten bestehen offenbar viele Anknüpfungspunkte zu den Werten und Zielen der Christlichen Demokratie und somit auch zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Nicht zuletzt führt die Antizipation des Anstiegs eigener Chancen zu einer Orientierung in Richtung CDU/CSU, da dort ähnliche Vorstellungen vermutet werden (so schon Shell 2000).

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich einige Leitgedanken für die Zukunft der Politischen Bildung ableiten:

Jungen Menschen muss zum Beispiel deutlich werden, dass sich ihre privaten Orientierungen nur dann verwirklichen lassen, wenn das Umfeld in Staat und Gesellschaft angemessen funktioniert, folglich das persönliche Engagement dafür schon im ureigensten Interesse ihres Lebensentwurfs liegt. Dabei müssen Jugendliche die christliche Demokratie als werteorientiert (für immerhin 56 % ist der Gottesglaube unwichtig!), als Bewegung der ökonomischen Moderne, des sozialen Ausgleichs, der technologischen Innovation und des gesellschaftlichen Fortschritts erleben. Jungen Menschen muss deutlich werden, dass die Zustimmung zu unserer demokratischen Staatsform letztlich auch eine Zustimmung zum Parteienstaat ist, dass Parteien die Grundlage der parlamentarischen Demokratie bilden. Veranstaltungen zur Demokratie, zu Parteien, Verbänden und Staat müssen daher weiterhin zum festen Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung gehören.

Junge Menschen müssen mit solchen Themen angesprochen werden, die sie unter dem

Betroffenheitsaspekt für besonders wichtig erachten, etwa Arbeitsmarkt, Familie, Bildung. Und sie müssen Vertrauen in die Gestaltbarkeit sozialer Prozesse entwickeln. Dabei gilt immer, dass auch politische Bildung ohne konkretes Wissen leer bleibt.

Die Tatsache, dass Ideologie „out“ ist, sollte nicht dazu verleiten, die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus und den totalitären Großideologien des 20. Jahrhunderts und ihren konkreten Formen zu vernachlässigen. Vielmehr bleibt die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Kommunismus und jetzt auch religiösem Fundamentalismus eine zentrale Aufgabe der Stiftung. Der Pragmatismus der jungen Generation zeichnet sich zwar gegenwärtig durch seinen systemstabilisierenden Charakter aus; er kann sich jedoch bei schwieriger werdenden Lebensverhältnissen auch schnell in die Fänge revitalisierter Ideologien flüchten.

Das Ziel, Jugendliche zu längerfristigem gesellschaftlichem Engagement zu bewegen, kann nicht durch Kurzzeitveranstaltungen und Einmalkontakte erreicht werden. Es kommt vielmehr darauf an, Projekte mit längeren Lernzeiten auf den Weg zu bringen. Jugendclubs, Seminar- und Trainingsreihen, Sommerakademien, Wettbewerbe, Praktika in der politischen Bildung sind unter anderem angemessene Instrumente, um bei Jugendlichen ein tieferes Verständnis für praktische Politik und Engagement zu wecken. Entsprechende Projekte - methodisch- didaktisch attraktiv und zielgruppengerecht -, die allerdings kosten- und personalintensiv sind, werden in der politischen Bildung der Konrad-Adenauer- Stiftung angeboten und müssen unter Berücksichtigung von Ergebnissen der modernen Lernforschung zu umfassenden Prozessen „situierten Lernens“ (Nachhaltigkeitsproblem) weiterentwickelt werden.

Auch die Familie erhält in diesem Gesamtzusammenhang eine neue Bedeutung. Die bisher skizzierten Ziele der Politischen Bildung sind unlösbar mit der Entwicklung einer Persönlichkeit und ihres Sozialverhaltens verknüpft. Der Erfolg Politischer Bildung hängt demnach in erheblichem Maße von den Lernerfahrungen in Kindheit und Jugend ab. Was hier innerhalb der Familie versäumt wird oder an bedenklichen Prägungen stattfindet, vermag institutionalisierte Demokratieerziehung gar nicht oder nur unter sehr großem Aufwand zu kompensieren. Auch die offenbar abnehmende Bildungswirkung der Familie darf nicht unterschätzt werden: Bezeichnenderweise besteht nach der IEA-Jugendstudie zur politischen Bildung (1999) ein enger Zusammenhang zwischen dem politischen Informationsstand der Jugendlichen und der Anzahl der Bücher im ihrem Elternhaus.

Damit Jugend für politische Bildung und über sie für Politik gewonnen oder zumindest für Politik interessiert werden kann, muss - für Jugendliche erkennbar und transparent - eine Politik für die Jugend betrieben werden. Das ist zugleich grundlegende Voraussetzung, wenn politische Bildung wirken soll. Politik für die Jugend, das ist gute Bildungspolitik, gute Familienpolitik, gute Arbeitsmarktpolitik, gute Sozialpolitik. Und wenn es schließlich stimmt, und damit schließt sich der Kreis, dass Jugend heute nicht mehr „anders“ sein kann oder will als die sie umgebende Gesellschaft, dass die dort dominierenden Wertpräferenzen auch hier dominieren, dann wäre es hohe Zeit, sie daraufhin zu überprüfen, ob sie „Vorbild“ sein können für eine Gesellschaft, die Gemeinschaft sein will und sein muss, um die Zukunft zu meistern. Denn bei der Prägung politischer Einstellungen und politischen Bewusstseins spielen Vorbilder eine entscheidende Rolle. Dem an Werten, Leitbildern und langfristigen Denken orientierten, dabei zugleich Glaubwürdigkeit verkörpernden Vorbild von politisch engagierten Erwachsenen kommt hier eine kaum zu unterschätzende und daher wiederzuentdeckende Funktion zu.

Autoren

JÖRG-DIETER GAUGER

seit 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Konrad-Adenauer-Stiftung; Teamleiter
Bildung, Forschung und Kulturpolitik;
außerplanmäßiger Professor an der
Universität Bonn.

ANDREAS VON BELOW

Leiter der Hauptabteilung Politische Bildung
und Kommunalpolitik